

Fragen und Antworten: Warum Thüringer Rentnern bei Auszahlung ihrer Versicherung Geld verloren geht

Fragen und Antworten: Warum Thüringer Rentnern bei Auszahlung ihrer Versicherung Geld verloren geht

Sibylle Göbel

Aktualisiert: 10.11.2023, 17:30 | Lesedauer: 4 Minuten



Zuletzt demonstrierten die Direktversicherungsgeschädigten im April 2023 vor dem Bundessozialgericht in Kassel.

Foto: Helmut Kalb

[ERFURT/BERLIN](#). Fragen und Antworten: Wer als Arbeitnehmer eine Direktversicherung abgeschlossen hat, ist ein sehr schlechtes Geschäft eingegangen. Das zeigt der Protest Betroffener, die am Montag, 13. November, vor das Bundeskanzleramt ziehen.

Mit Helmut Kalb aus Weimar und Thomas Rogge aus Erfurt nehmen an diesem Montag zwei Thüringer Mitglieder des Vereins der **Direktversicherungsgeschädigten** (DVG) an einer Mahnwache vor dem

Bundeskanzleramt in Berlin teil. Anlass der Aktion: Vor 20 Jahren hat der Bundestag das Gesundheitsmodernisierungsgesetz beschlossen. Mit diesem Gesetz wurde in die Hoheit von Verträgen der Direktversicherten eingegriffen wurde: Seither müssen **gesetzlich Krankenversicherte** bei der Auszahlung den vollen Beitrag zur Kranken- und Pflegeversicherung, also den Arbeitnehmer- und den Arbeitgeberanteil, abführen. Wir beantworten dazu die wichtigsten Fragen:

Wer ist davon betroffen?

Alle Arbeitnehmer, die gesetzlich versichert sind und über ihren Arbeitgeber eine Direktversicherung zur Altersvorsorge abgeschlossen haben. Das sind schätzungsweise 6,5 Millionen Menschen. Etwa 70 Prozent davon kennen das Gesetz und seine Folge allerdings bis heute nicht.

Und erleben dann bei Renteneintritt eine böse Überraschung?

Genau. Die gesetzlich Versicherten – und nur sie – müssen fast ein Fünftel der ausgezahlten Summe an ihre Kranken- und Pflegekasse abtreten. Vor 2004 waren Einmalzahlungen aus Direktversicherungen beitragsfrei, Betriebsrentner wurden nur mit dem halben Beitrag zur Kasse gebeten. Den größten Unmut erregt, dass die neue Regelung nicht nur für alle nach 2003 geschlossenen Verträge gilt, sondern rückwirkend auch für alle Altverträge. Das heißt: Mitten im Spiel wurden die Regeln geändert. Besonders bitter ist das für diejenigen, die aus ihrem Nettoeinkommen in die Versicherung eingezahlt haben.

Wenn dieses Gesetz schon 2003 beschlossen wurde: Warum kennen es dann so viele Versicherte nicht?

Der 2015 gegründete Verein der Direktversicherungsgeschädigten sagt, dass das Gesetz in einer „Nacht- und Nebelaktion“ verabschiedet wurde und „undurchschaubar“ ist. Die Neuregelung versteckte sich darin mit 13 dürren Worten. Deshalb seien die Folgen auch erst aufgefallen, als die ersten Rentner ihre Auszahlungen bekamen und postwendend deren Krankenkassen die Hand aufhielten. Das ist bis heute so: Am Zahltag fallen viele Versicherte aus allen Wolken. Denn nicht wenige von ihnen haben die angesparte Summe schon komplett verplant. Der DVG spricht deshalb seit Jahren von Betrug und Abzocke.

Werden die Versicherten denn nicht von ihren Versicherern darüber informiert?

Nein, in den jährlichen Standmitteilungen steht dazu kein Wort. Deshalb wird der DVG auch nicht müde, auf diesen Fakt hinzuweisen, wie er auch von der Politik vehement eine Korrektur fordert. Denn mit Klagen hatten die Mitglieder bislang nirgends Erfolg.

Wie groß ist die Chance, dass sich etwas ändert?

Schwer zu sagen: Die Politik scheint zwar mittlerweile verstanden zu haben, dass sie das Gesetz enorm viel Vertrauen gekostet hat und viele Betroffene sich geschworen haben, nie wieder die Parteien zu wählen, die das Gesetz damals beschlossen. Aber lange Jahre saß sie das Problem einfach aus – mit Ausnahme der Linken. Inzwischen ist der Protest jedoch so groß, dass die Politik 2019 den sogenannten Betriebsrentenfreibetrag beschlossen hat. Das heißt, bis zu einem gewissen Betrag im Monat – in diesem Jahr sind es knapp 170 Euro – bleibt die Auszahlung seit 2020 versicherungsfrei. Für alles darüber hinaus wird weiter der volle Beitrag fällig.

Und das reicht den Betroffenen nicht?

Nein, sie fordern, die Voll- und Doppelverbeitragung sofort zu beenden und diejenigen zu entschädigen, die bereits zahlen mussten.

Warum protestiert der Verein jetzt vor dem Bundeskanzleramt?

Weil Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) mehrfach eine Lösung des Problems zugesichert hat, zuletzt am 25. Januar im Bundestag. Aber so leer, wie die Kassen der Krankenversicherungen inzwischen wieder sind, sieht es schlecht aus. Denn letztlich waren die leeren Kassen auch 2003 der Grund dafür, das umstrittene Gesetz überhaupt zu verabschieden.